

## Die Konjunktur ist nur fit gespritzt

Europas Wirtschaft hat sich nicht erholt, sondern wird noch immer von staatlichen Hilfen gestützt. Ein harter Sparkurs ist daher gefährlich

GUSTAV HORN

Volkswirte lieben Vergleiche aus der Welt der Medizin. Nehmen wir also einmal an, Sie hatten einen beinahe tödlichen Unfall. Dank des Einsatzes der Notärzte ist Ihr Zustand nun stabil, aber Sie liegen auf der Intensivstation und sind an zahllose medizinische Apparate angeschlossen. Sie sind zwar erleichtert, machen sich allerdings Sorgen, ob Sie je wieder ganz gesund werden. Irgendwann schaut ein Arzt vorbei, der Ihnen sagt, alles sei in Ordnung und dass sie schon bald aus dem Krankenhaus entlassen werden. Weil die Rettung Ihres Lebens eine Menge Geld gekostet hat, sollen Sie zudem bereits am nächsten Tag schon wieder zur Arbeit gehen, um Ihre Schulden abbezahlen zu können. Da würden Sie sich doch möglicherweise fragen: „Ist es nicht zu früh?“

Die Frage sollten wir auch vielen Volkswirten und Politikern vor allem in Europa stellen. Es wurde viel getan, um die Weltwirtschaft vor einer ersten Depression zu bewahren. Enorme Geldsummen flossen in die Rettung von Banken und die Belebung der Wirtschaft. Einerseits hat dies in einigen Ländern zu einem dramatischen Anstieg der Staatsschulden geführt, andererseits wurden gewisse Fortschritte erzielt. Man darf sagen, dass Asien, allen voran China, die Krise überstanden hat. Die US-Wirtschaft wächst, aber es gibt viele Anzeichen dafür, dass das

doch sie sind noch nicht ausreichend wiederhergestellt.

Solange dies der Fall ist, wird das billige Geld, das die Zentralbanken bereitstellen, nicht in billige Kredite für den Rest der Wirtschaft umgesetzt werden. Anders ausgedrückt: Unter den jetzigen Umständen bleibt die Kreditaufnahme relativ teuer. Daher ist die Nachfrage nach Krediten zur Finanzierung von Investitionen und Konsum schwach. Das behindert das Wachstum und ist der Grund, warum Fiskalpolitik derzeit eine so zentrale Rolle bei der Wiederherstellung der Wirtschaftstätigkeit spielt.

### Die Überschussländer sind gefragt

Das dritte und größte Hindernis auf dem Weg zu einer dauerhaften Erholung ist jedoch die Fiskalpolitik selbst. In Griechenland, Spanien und Irland werden massive Sparpakete umgesetzt, Großbritannien folgt demnächst. Fraglich ist, wie viel Sparzwang sich die Politik auferlegen muss. Natürlich hat die Verschuldung einiger Staaten derzeit ein Niveau erreicht, das ganz eindeutig nicht tragbar ist. Das macht eine Konsolidierung des Staatshaushalts in naher Zukunft unumgänglich. Wenn aber die Regierung die Ausgaben kürzt oder die Steuern erhöht, werden die Einnahmen und Gewinne der Privathaushalte schrumpfen, und die Wirtschaft gerät ins Stocken. In diesem Fall kann Europa eine Rezession und ein Double-Dip-Szenario nur mit ausländischer Hilfe umgehen. Üblicherweise würde man mit einer Abwertung der Währung reagieren. Nur Großbritannien steht dieser Weg offen, aber da ohnehin kaum noch Exportindustrien übrig sind, wäre dieser Schritt nur sehr begrenzt hilfreich. Angemessen wäre es, wenn diejenigen Länder Europas die

## Die Erosion der Republik

Hektisch wogt die politische Debatte von Sarrazin zu Atomlaufzeiten. Hinter der kurzlebigen Aufregung jedoch verlieren Politik und Parteien ihre Deutungshoheit und Bindewirkung **VON WERNER WEIDENFELD**

Die Event-Gesellschaft kann beglückt sein. Es passiert viel in der Republik. Da blickt die Öffentlichkeit gebannt auf eine merkwürdige Bestseller-Kampagne eines Bundesbankers. Die Medien befassen sich in traumatischer Hektik mit der denkbar dürrigen Substanz des Buchautors Thilo Sarrazin und seiner höchst aufgeregten Kritiker.

Geschickt ist auf dünnem Eis das scharfe, polemische Arrangement der Datenfitzelchen von Sarrazin organisiert – aus einer Amtsposition heraus, von der man distinguert vornehme Zurückhaltung erwartet. Dann folgt sofort der Startschuss zum Ausschluss aus der SPD, zum Rauswurf aus der Bundesbank, zum Unterschriften-drama des Bundespräsidenten – wela eine Ereignisfülle!

Kaum jemand wird sich an banalere Umgangsformen erinnern, aus denen das Gefühl einer atmosphärischen Staatskrise entstand. Aber schnell wird in die ersten Anzeichen von öffentlicher Erschöpfung der Aufmerksamkeit hinein ein neues Thema platziert: die Laufzeit von Atomreaktoren. Das Interesse konzentriert sich auf die stundenlange sonntägliche Krisensitzung im Bundeskanzleramt. Was früher Ort politischer Entscheidungswürde war, ist zum Basar für atomare Laufzeiten verkümmert. Natürlich endet die Auseinandersetzung der diversen Minister im Datenkompromiss, dessen höhere Sinngabe sich den meisten Menschen entzieht.

Es folgt sofort eine demoskopische Unterfütterung zur Seelenlage der Republik: Atemlos wird in

großen Schlagzeilen registriert, dass 18 Prozent der Mitbürger eine Sarrazin-Partei wählen würden. Blicken wir auf ein Fanal an Fremdenfeindlichkeit? Gleichzeitig allerdings würden 20 Prozent eine Merz-Partei und sogar 25 Prozent eine Gauck-Partei wählen. In medialer Erhitzung setzt sich zumindest situativ stimmungsmäßig die Wanderungsbewegung weg von den alten Großparteien fort.

Blicken wir nur wenige Tage weiter zurück, um die Hektik punktueller Aufmerksamkeit genussvoll auszukosten: Da tritt der Bundespräsident zurück – und auch einige Ministerpräsidenten. Die Kontroverse, wer Kapitän der Fußballnationalmannschaft werden soll, bannt die Aufmerksamkeit. Was früher „Sommerloch“ hieß, ist einem permanenten Festspielsommer gewichen: Da wird eine Debatte über Wehrpflicht wie über Rente mit 67 geboten, Spekulationen keimen, wer sich noch wie lang auf welchem Posten halten wird. Die Gesellschaft wird also bestens unterhalten. Zugleich kann man festhalten: Die Oberflächlichkeit des politischen Lebens strahlte nie heller auf als heute.

Der ernsteren Blick auf die Tiefendimensionen der Republik forciert jedoch Besorgnis, Frustration, Pessimismus. Das empirische Datenmaterial liefert scharfe Profile zur Befindlichkeit:

1. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Distanz zwischen Bürger und politischer Klasse nie so groß wie heute.

2. Das Vertrauen in die Politik befindet sich auf dem niedrigsten Stand.

3. Die Bindewirkung der Parteien ist auf ein Minimum geschrumpft.

4. Die Absicht, an einer Wahl teilzunehmen, bewegt sich in einem drastischen Sinkflug.

Hinter diesen dramatischen Befunden steckt mehr als eine bloße Benotung für die jeweilige Regierung, mehr als eine kurzfristige Stimmungslage. Dahinter steckt eine tiefe Veränderung des Webmusters des Politischen in der Bundesrepublik

### Die Politik insgesamt hat ihre Fähigkeit zur Orientierung eingebüßt

Deutschland: Die Politik insgesamt, nicht nur die Regierung, hat ihre Fähigkeit zur Orientierung eingebüßt. Ihr fehlt eine Botschaft, ihr fehlt eine Perspektive, ihr fehlt der Entwurf eines künftigen Gesellschaftsbilds. Zu Zeiten eines Konrad Adenauer und eines Willy Brandt, eines Helmut Schmidt und eines Helmut Kohl war die Politik orientierungsfähig. Da gab es große Themen, die im Pro und Kontra die Gesellschaft verbanden – von der sozialen Marktwirtschaft bis zur Entspannungspolitik, von der Nato-Nachrüstung bis zur Vollendung der deutschen Einheit. Es wurde gerungen um das Gesellschaftsbild der Zukunft. Die Politik ist situativ und hektisch geworden. Themen und Argumente wechseln von Augenblick zu Augenblick. Das geradezu technische Detail wird mitgeteilt, aber nicht erklärt, geschweige denn in einen Zusammenhang eingeord-

net. So leidet die Politik schwer unter einem Deutungs- und Erklärungsdefizit. Komplexe Probleme verlangen nach Lösungen. Das gilt vom demografischen Wandel über die Energieversorgung, das Gesundheitswesen bis hin zur Sicherheit. Lösungen sind aber nicht per punktuellen Zufur möglich, nur im Angebot einer Strategie. Der Politik ist aber solch strategisches Denken abhandengekommen.

Gleiches gilt für die einzelnen Parteien. Keine Kraft ist dem politisch-kulturellen Dilemma bisher entkommen. Überall ist der Vertrauensbruch wahrzunehmen. Die Parteienlandschaft wird von egozentrischer Profilierung geprägt. Kein Parteifreund, kein Koalitionspartner bleibt von solchen Attacken verschont. Wer erscheint da noch zuverlässig und authentisch? Damit verschwindet die einstige Bindekraft der Parteien.

Diese Dialektik aus oberflächlichem Aktivismus und medialem Eventmanagement einerseits und kollabierender Tiefenwirkung andererseits wird die Politik auf mittlere Sicht begleiten. Wer nur auf die Erosion der Republik blickt, kann den düsteren Empfindungen nicht entrinnen. Zuversicht kann nur eine historische Erfahrung vermitteln: Politik ist durchaus lernfähig. Das Webmuster des Politischen kann also durchaus wieder zum Besseren korrigiert werden.

Diese Dialektik aus oberflächlichem Aktivismus und medialem Eventmanagement einerseits und kollabierender Tiefenwirkung andererseits wird die Politik auf mittlere Sicht begleiten. Wer nur auf die Erosion der Republik blickt, kann den düsteren Empfindungen nicht entrinnen. Zuversicht kann nur eine historische Erfahrung vermitteln: Politik ist durchaus lernfähig. Das Webmuster des Politischen kann also durchaus wieder zum Besseren korrigiert werden.

Diese Dialektik aus oberflächlichem Aktivismus und medialem Eventmanagement einerseits und kollabierender Tiefenwirkung andererseits wird die Politik auf mittlere Sicht begleiten. Wer nur auf die Erosion der Republik blickt, kann den düsteren Empfindungen nicht entrinnen. Zuversicht kann nur eine historische Erfahrung vermitteln: Politik ist durchaus lernfähig. Das Webmuster des Politischen kann also durchaus wieder zum Besseren korrigiert werden.

Diese Dialektik aus oberflächlichem Aktivismus und medialem Eventmanagement einerseits und kollabierender Tiefenwirkung andererseits wird die Politik auf mittlere Sicht begleiten. Wer nur auf die Erosion der Republik blickt, kann den düsteren Empfindungen nicht entrinnen. Zuversicht kann nur eine historische Erfahrung vermitteln: Politik ist durchaus lernfähig. Das Webmuster des Politischen kann also durchaus wieder zum Besseren korrigiert werden.

E-MAIL [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)

WERNER WEIDENFELD ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München.